

Peter Willers

Den Tiefschlaf der Altparteien stören

Vom Auf und Ab der «Grünen Liste»
in Bremen

In diesem persönlichen Bericht wird von der «Bewegung» die Rede sein. Dieser Begriff wird heute inflationär gebraucht. Vor kurzem las ich sogar von der «Harmonikabewegung». Er ist zudem besetzt durch Erinnerungen an das «Dritte Reich». Trotzdem weiß ich keinen treffenderen Ausdruck für das, was sich im Laufe des letzten Jahrzehnts in der Bundesrepublik – und nicht nur da – entwickelt hat und wovon die «Grünen» ein Teil sind. Denn es bewegt sich etwas. Es werden Fragen gestellt, neue Antworten gesucht und nicht wenige in dieser «Bewegung», die eigentlich viele Bewegungen sind, sehen ihre Tätigkeit als existenzielle Auseinandersetzung. Als einen Kampf gegen Machtmißbrauch, Entfremdung, Anpassungsdruck und übermächtige, unbewegliche und undurchschaubare Apparate.

Für die meisten von uns (wir, das sind eine Reihe von alten Umweltkämpfern in Bremen) begann es so richtig Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. Eine Reihe von Ereignissen traf zusammen, die uns auf die Barrikaden trieb. Im Hinterkopf die Erfahrungen der Anti-Atombewegung aus den Endfünfzigern, erlebten wir mit den Protesten gegen die Notstandsgesetze und der Studententrevolte praktischen und lebendigen Widerstand gegen den «Muff von tausend Jahren». Die offizielle politische Szene der Parteien rangelte miteinander um die Macht und wußte nichts besser: als sich zum Durchmarsch zu formieren. Die ersten großen Berichte über das bevorstehende Umweltchaos wurden bekannt. Die «Grenzen des Wachstums» rissen uns 1972 von den Stühlen.

159

Für uns in Bremen wurde neben vielen städtischen Konflikten um den Bau von Stadtautobahnen, sowie dem Verlust von Lebens- und Wohnqualität vor allem ein Objekt zur Herausforderung: das 50 Kilometer entfernt an der Unterweser geplante Atomkraftwerk Esenshamm. Die ersten euphorischen Ankündigungen vom Bau des «größten Kernkraftwerks der Welt» (Oberkreisdirektor Bernhardt aus der Wesermarsch) ließen uns aufhorchen. Wir informierten uns über die sogenannte «friedliche Nutzung der Kernenergie». Das war nicht einfach. Denn obwohl Deutschland schon einen Atomminister Strauß hinter sich hatte, gab es hier wenig Kritisches zu dieser neuen Technologie. Wir schrieben in die USA, befragten Wissenschaftler und langsam begann sich für uns der Schleier vor den technischen, ökonomischen und politischen Hintergründen und Interessen dieser Industriebranche zu heben. Wir setzten uns zusammen, schrieben auf, was wir wußten und gingen damit auf die Straße. Die erste Bürgerinitiative gegen Atomenergie, der «Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung» war in Bremen geboren. Mit nur einer Handvoll Leute gingen wir den geplanten Giganten an der Weser an. Wenn wir damals gewußt hätten, auf was wir uns einließen, hätte uns vielleicht der Mut verlassen. Aber wir begannen zu kämpfen. 40 000 Flugblätter wurden im ersten Jahr – 1972 – verteilt, Veranstaltungen durchgeführt. Die Presse bombardierten wir mit Leserbriefen, Politiker und Behörden mit Eingaben. Wir legten die Verflechtung der Interessen zwischen Politik, Industrie und Behörden bloß und hatten das Gefühl, im Schmutz zu wühlen.

Und langsam, ganz langsam begannen Öffentlichkeit und veröffentlichte Meinung zu reagieren. Wir erhielten Anfragen aus ganz Norddeutschland, und für viele von uns begann eine rege und natürlich immer aus eigener Tasche bezahlte Reisetätigkeit. Überall waren inzwischen Menschen für Umweltprobleme allgemein und die Atomenergie im besonderen sensibel geworden, und so gründeten sich 1972/73 eine Vielzahl von Bürgerinitiativen im norddeutschen Raum.

160

Dies war das Fundament der späteren Bewegung: zumeist Leute mittleren Alters aus der gehobenen Mittelschicht.

In Bremen war inzwischen die Universität entstanden. Viele ihrer ersten Naturwissenschaftler und Juristen suchten nach dem gesellschaftspolitischen Bezug ihrer fachlichen Qualifikation und fanden ihn mit uns. So ergab sich eine bis heute dauernde fruchtbare Beziehung zwischen fachlichem Wissen und Bürgerengagement. Wir konnten uns physikalische, technische und juristische Grundbegriffe «unserer» Probleme aneignen. Die Wissenschaft kam auf den Prüfstand der politischen Praxis, und gemeinsam fochten wir in Erörterungsterminen, Anhörungen und Veranstaltungen manchen Strauß gegen die Front von Wirtschaft, Verwaltung und etablierter Politik.

Je länger wir uns mit den bedrohlichen Fakten der Umweltzerstörung beschäftigten, je öfter wir dabei in Konfrontation mit den Interessen getreten, die das Dilemma verursacht hatten, umso stärker wurde unsere Betroffenheit. Verschiedene politische Herkunft und Sozialisation trat in den Hintergrund: wir hatten *einen* Gegner und machten *gemeinsam* Erfahrungen. Ich erinnere mich, wie konservative Umweltschützer und CDU-Mitglieder in Versammlungen laut die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse forderten. Und linke Akademiker machten eben diese Veränderung nicht mehr zur Vorbedingung ihres Handelns, sondern leisteten mühevoll «kleinkarierte» Überzeugungsarbeit.

Wir alle lernten. Und wir wurden mehr. 1974 gründete sich die «Bürgeraktion Küste», ein loser Zusammenschluß von zuletzt 110 Umweltschutzbürgerinitiativen im norddeutschen Raum. Einmal im Monat trafen wir uns von da an, tauschten Informationen aus und stimmten Aktivitäten ab.

Parallel zur außerparlamentarischen und außerparteilichen Arbeit waren viele von uns auch in Parteien politisch aktiv. Meine Erfahrungen in der SPD sind wahrscheinlich typisch für die vieler anderer, die sich schließlich enttäuscht

von den alten Politik-Apparaten abwandten: rungen in direkteren Formen von Demokr suchten.

Als ich 1971 in Bremen in die SPD eintra bruchstimmung. Junge politische Kräfte vorn. Die alten Parteihierarchen schienen z nig Richard» Boljahn, Multifunktionär in F schaft und Neuer Heimat, hatte mit dem B skandal sein Waterloo erlebt. Die Jungsozia ten ihre Doppelstrategie: mit einem Bein (Z parteilichen Arbeit zur Unterstützung von P itiativen, mit dem anderen (B) in der Par politisch durchzusetzen. Theorie und Akt hatten uns viel vorgenommen. Wir drängte kommissionen, formulierten alternative P sorgten für manchen fortschrittlichen ök schluß der Partei («Ökologie» war allerdin ein Fremdwort). Für Umweltschutzbelang der «linken» Bremer SPD relativ leicht Mel aber nur so lange, wie es abstrakte Forder Sobald es zu praktischen Handlungsaufford nat und Bürgerschaft kam, war der Ofen au

Immerhin schafften wir allerhand: einig sche bremische Bauprojekte wurden gekip spiel die Mozartstraße, ein Straßen-Kahlschi tes, gewachsenes Stadtviertel. Die SPD-Frak gerschaft veranstaltete 1972 auf unser Betn öffentliches Hearing zum Atomkraftwerk B von der Presse als «schwarzer Freitag für die gewertet wurde. Was letztlich aber trotz vi für das Handeln der Partei übrigblieb, war p Beispiele dafür: Zu Beginn der Legislaturp 1975 setzten wir ein Umweltschutzprogr Fraktion durch, das dort nach heftigen un Debatten schließlich mit großer Mehrheit be de. Dies Programm enthielt einen Katalog weisungen für die Fraktion. Schon nach ein

war das Papier im Fraktionsbüro nicht mehr aufzufinden, geschweige denn, daß sich jemals jemand an die Umsetzung gemacht hätte.

Als die Bürgerinitiativen ihren langen und dornenreichen Prozeßweg gegen Esenshamm gingen, war auch der Bremer SPD-Senat schließlich gezwungen, etwas zur Wahrung seines Gesichtes zu tun und klagte im wasserrechtlichen Verfahren. Als das Verfahren der privaten Kläger zu einem gerichtlichen Aufschub führte, wurde die Klage Bremens zur Ruhe gelegt und nie wieder aufgenommen. Der Wärmelastplan Weser wurde als großes Werk herausgebracht. Er sollte künftige Überlastungen des geschundenen Flusses verhindern. Es stellte sich heraus, daß die Wärmeabgaben von Esenshamm weit über den vertretbaren Wert lagen. Ohne Widerspruch Bremens wurde der Plan kurzerhand für diesen Bereich der Weser außer Kraft gesetzt.

Viele meiner Jusofreunde fanden durch die Partei einen bequemen Platz. Getreu dem Spruch des Gründungsrektors der Bremer Universität, Thomas von der Vring, «wer ganz rechts oben herauskommen will, muß ganz links unten anfangen», war die schönste Beschäftigung in der Partei der Kampf um Posten. Das Bein A der Doppelstrategie verkümmerte zu einem lästigen Anhängsel. Aber die «jungen und dynamischen Männer» schafften es – zumindest für sich selber. Fast die ganze Juso-Garde vom Anfang der siebziger Jahre sitzt heute fest im Bremer Parteisattel. In eingeweihten Kreisen heißt die in Bremen vollzogene personelle Machtübernahme der «Linken» unter Preisgabe früherer Prinzipien Scherfismus» (nach dem heutigen Sozialsenator Henning Scherf). Geändert an der Politik der SPD hatte sich nichts.

Wir lernten bitter: Mit dieser Partei war kein Staat mehr zu machen. Jahrelanger Kampf um die Veränderung dieses alt, fett und satt gewordenen Klüngels war einfach ins Leere gelaufen. Für mich wurde klar: Die überfälligen Anstöße für eine Trendwende konnten nur von draußen und von unten kommen.

Wir wurden mehr. Zu den monatlichen Treffs der «Bürgeraktion Küste» kamen jetzt Vertreter aus der ganzen Küstenregion, von Kiel bis Emden. Zwischen uns wuchs ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, viele Freundschaften wurden geschlossen. Menschen sprachen miteinander, die sonst kaum Kontakt gefunden hätten: Junge und Alte, Linke und Konservative, Landwirte und Städter, Intellektuelle und «normale Bürger». In welchen Ort wir auch kamen, wir fanden offene Türen. Der Prozeß gegen Esenshamm war einer der zentralen Punkte unserer Auseinandersetzung. Sechs Bürger aus der Wesermarsch klagten für uns alle stellvertretend. Wir organisierten die finanzielle Grundlage für die Klagen (am Ende hatte der Prozeß etwa 200.000 Mark gekostet). Wir arbeiteten in tausenden von Arbeitsstunden die Klagebegründungen aus. Schon längst hatten wir begriffen, daß auch bei der dritten Gewalt im Staat die Karten ungleich gemischt sind. Zwar darf nur klagen, wer in seinen individuellen Rechten betroffen ist, aber wer sollte allein je einen Prozeß gegen die Übermacht von Kapital und angebliehen Sachverstand, gegen die vereinte Front von Regierung und Wirtschaft führen können.

Die Ereignisse um Wühl 1975 gaben auch uns den Mut, für unsere legitimen Anliegen mehr zu tun, als allein auf Appelle, Aufklärung und Klageerfolge zu hoffen. Trotz Millionen von Flugblättern und Hunderten von Veranstaltungen war es bisher nicht gelungen, die ganz breite Öffentlichkeit für die Probleme der Atomenergie sensibel zu machen.

1976 wurden in Niedersachsen drei potentielle Standorte für eine Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe bekanntgegeben: Lichtenhorst, Unterlüß und Aschendorf. Und nun zeigte sich doch ein Erfolg jahrelanger Kleinarbeit. In allen drei Orten organisierte sich über Nacht der Widerstand. Wir Bremer unterstützten vor allem die Bürgerinitiativen «Rund ums Lichtenmoor» bei Nienburg. Dort war ein «Bewachungscamp» entstanden, nachdem einige wenige Einheimische einen ersten Bohrtrupp in

die Flucht geschlagen hatten. Einen Sommer lang war das Camp Kristallisationspunkt, Informationszentrale und nebenbei auch Ziel von Wochenendherholung für Tausende von Menschen. Mit Lichtenhorst bekam die Bewegung in Norddeutschland eine neue Dimension. Und dann kam der Baubeginn Brokdorf.

Mit der ersten Besetzung des Bauplatzes 1977 und der brutalen nächtlichen Räumung durch die Polizei wurde die Öffentlichkeit endgültig auf die Atomenergie aufmerksam. Die Medien hatten Zucker geleckt, ihre Berichterstattung in dieser ersten Phase war umfassend und objektiv. Die mobilisierende Wirkung von Brokdorf I war ungeheuer. Waren wir früher in Bremen bei Vorbereitungsveranstaltungen für Aktionen 50 bis 60 Leute gewesen, versammelten sich jetzt tausend. Zur zweiten Großdemonstration nach Brokdorf zogen dann 2500 gutgerüstete Bremer mit dem festen Willen, den Bauplatz erneut zu besetzen. Aber Staat und Industrie zeigten die Zähne. Der Bauplatz war zur Festung geworden, verteidigt von Tausenden von Polizisten und Grenzschützern. Zum ersten Mal waren wir in einer bürgerkriegsähnlichen Situation, wurden mit Gas, Hubschraubern, Chemical Mace und Wasserwerfern attackiert. Ursache für die Tränen, die an diesem Tag vergossen wurden, war nicht allein das Gas. Es waren Tränen der Wut darüber, wie der Staat unsere Befürchtungen und Ängste einfach niederknüppeln ließ. Brokdorf wurde für viele von uns zum Schlüsselerlebnis, das zur Stellungnahme auf Fragen zwang, die weit über das bisherige Arbeitsfeld hinausgingen. Herr Stoltenberg hat sich hier ein unschätzbares Verdienst für die Bewegung erworben.

Anfang der siebziger Jahre war der Umweltschutz für viele deutsche Linke kein Thema. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt war eine der Grundlagen ihrer Vorstellung einer besseren Gesellschaft. Wir wurden nicht ernstgenommen. Naturapostel, Körnerfresser – so wurden wir in die bequemen Schublade gesteckt, und die eigene politische Identität war gerettet. Das änderte sich schlagartig mit

Brokdorf. Immer auf der Suche nach «Massenbewegungen», wurde der Kampf gegen AKW's für die attraktiv, die glaubten, die ideologische Hefe im Teig zu sein. Alle Kadertruppen und -trüppchen der Linken (mit Ausnahme der DKP, die zunächst nicht durfte) standen uns auf den Füßen und wußten alles besser. Unsere Offenheit für politisch Andersdenkende war unsere Stärke gewesen, wir verstanden uns durch die gemeinsame Betroffenheit von Fehlentwicklungen. Jetzt wurde diese Offenheit auf eine harte Probe gestellt. Systemsprengend oder -immanent, diese Frage war für uns von untergeordneter Bedeutung, denn es ging darum, konkrete lebensbedrohende Projekte zu verhindern. Jetzt wurde die «richtige Linie» diskutiert. Insbesondere die Frage der Anwendung von Gewalt war über die folgenden Jahre ein immer wieder kontroverses Thema, an dem sich die Geister schieden.

Für uns war und ist Gewalt kein Mittel der Auseinandersetzung, gerade weil wir gelernt hatten, auf welche Weise uns in subtiler, aber folgenreicher Weise durch die Zerstörung unserer Umwelt, der sozialen Bezüge und der Gefährdung von Leben und Gesundheit Gewalt angetan wird. Wir waren und sind bereit, für unsere Sache illegal zu handeln, wenn es unumgänglich ist und sind auch bereit, dafür persönliche Konsequenzen zu tragen. Unser moralischer Anspruch aber verbietet es, die Verletzung von Menschen ins Kalkül zu ziehen oder auch nur billigend in Kauf zu nehmen.

Die folgenden Jahre zeigten im übrigen die Sinnlosigkeit einer quasi-militärischen Auseinandersetzung mit dem Staat, der die Demonstration von Grohnde und andere militante Vorfälle zum Anlaß einer immer stärkeren Aufrüstung nehmen konnte. Gewaltfreier Widerstand, phantasiereich, überzeugend und mit großer Wirkung in die Bevölkerung hinein, auch dafür gab es zahlreiche Beispiele: den großen Gorlebentreck der Hunderttausend nach Hannover 1979, die Republik Freies Wendland, die Blockaden und Aktionen von «Greenpeace».

Die Gewaltdiskussion ist bis heute virulent und bricht im-

mer wieder auf. Die gesellschaftlichen Spannungsfelder haben sich in den letzten Jahren beängstigend verbreitert (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, soziale Benachteiligungen, Aufrüstung). Gewalt ist aber heute kaum mehr nur das politisch kalkulierte Mittel einiger Kader der K-Szene, sondern emotionaler Ausdruck der Hilflosigkeit vieler. Das wird sich auch nicht ändern, solange die staatliche Bevormundung, insbesondere der jungen Generation, anhält und ihr die Möglichkeit zur Entfaltung persönlicher Freiheiten immer mehr eingeschränkt wird, solange Politik nicht in den Köpfen, sondern über die Köpfe der Menschen gemacht wird.

1976/77 boten uns die Herrschenden ihre offene Flanke. Zu neu war das, was da auf sie zukam. Ich vergesse nie die Hilflosigkeit von Gerhard Stoltenberg in einer Fernsehdiskussion mit Bürgerinitiativen, als er bekannte: «Ja, ich weiß ja nie, wer bei Ihnen verantwortlich ist, mit wem ich reden kann!» Genau das war es gewesen. Wir waren da, aber nicht zu vereinnahmen. Langsam aber stellte man sich auf uns ein. Für die veröffentlichte Meinung war das Neue weg. Interessant war nicht mehr so sehr das Anliegen, sondern die (möglichst aktionsreiche) Erscheinungsform. Die SPD gab sich moderat, das Forschungsinstitut in Bonn veranstaltete den «Bürgerdialog Kernenergie», und verstand ihn doch immer nur als Alibi, hinter dem der Zug auf den alten Schienen weiterfuhr. Jede Rede eines Offiziellen endete mit der Differenzierung zwischen «guten» (weil friedlichen) und «schlechten» (weil militanten) Umweltschützern. Obwohl heißes Thema in der Bewegung selbst, liefen wir nie in diese Falle. Denn die Trennungslinien zwischen «gut» und «schlecht» ließen wir uns nicht von der Gegenseite definieren.

Der SPD-Parteitag in Hamburg befand zum Problem Atomenergie das, was derartige Parteitage immer befinden: «Optionen offenhalten». Damit war – natürlich mit gewissen Schamfristen und Einschränkungen – der weitere Weg in den Atomstaat und das Überleben der Elektroindustrie

gesichert. Dieser Parteitag war für eine Reihe meiner Freunde und auch für mich der Schlußstrich unter meine Bindung an diese Partei, auch wenn wir nicht alle gleich die Konsequenzen zogen.

Die Institutionen machten auf allen Ebenen die Schotten dicht. Unsere Esenshamm-Klagen wurden in erster Instanz abgewiesen. Zwar hatten wir es mit gerichtlichen Teilerfolgen geschafft, daß das Werk zwei Jahre lang betriebsfertig stillliegen mußte. Auch wurden die Genehmigungen für die Abgaben einiger radioaktiver Substanzen drastisch nach unten berichtigt. Aber was war das letztlich mehr als Kosmetik, denn kurz nach dem Urteil ging das Werk ans Netz.

Der Umfang der Bedrohung durch die rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen konnte niemandem mehr verborgen sein. Die Unfähigkeit, moderne Großtechnik sicher zu beherrschen, mußte spätestens seit Seveso und Harrisburg allen klar sein. Die Schatten kommender Rezessionen durch die natürlichen Grenzen des Wachstums waren eigentümlich unübersehbar. Die größte und dauerhafteste Bewegung der Nachkriegszeit hatte sich dieser Entwicklung entgegengestellt, mit vielen Mitteln gekämpft und erreicht, daß das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung sprunghaft gewachsen war und die Hälfte aller Bundesbürger die sogenannte «friedliche Nutzung der Kernenergie» ablehnte. Und doch – den entscheidenden Durchbruch hatten wir nicht geschafft.

Die Apparate funktionierten noch, gestört zwar, aber eine Wende war nicht in Sicht. Die Bürgerinitiativen waren an einem Punkt angekommen, den wir mit den bisher angewandten Mitteln nicht mehr überschreiten konnten. Meine Freunde und ich zogen Bilanz und wir fragten uns, welche Möglichkeiten wir noch nicht genutzt hätten. Und fast gleichzeitig kam an vielen Orten der Gedanke auf, die Politiker dort direkt anzugehen, wo sie bisher unter sich zu sein glaubten, wo sie ihre Pfründen verteilen und wo sie ein Verlust von Macht am meisten schmerzen würde: im Parlament.

Dieser Gedanke wurde zuerst spielerisch geäußert. Kaum

jemand machte sich noch Illusionen über das Parlament als Stätte der Vertretung von Interessen und Bedürfnissen des Volkes. Die Befürchtung kam auf, daß der heterogenen Bürgerinitiativenbewegung durch die Orientierung auf parlamentarische Arbeit viel von ihrem Schwung genommen würde (und dies Argument ist noch heute sehr ernst zu nehmen). Aber Walter Moßmann, der Liedersänger aus Baden, brachte es damals auf den Punkt: «Wir haben agitiert, prozessiert, demonstriert. Kurz, wir haben eigentlich alles getan, um Sand in das Getriebe des herrschenden Apparates zu werfen. Nehmt die Sache nicht so bierernst und macht das, wie Ihr auch sonst nichts ausgelassen habt!» Also fingen wir an.

Unserem Bremer Versuch waren Kommunal- und Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg mit Achtungserfolgen vorausgegangen. Über das ganze Jahr 1978 lief in öffentlichen und privaten Veranstaltungen die Diskussion über Programm und Organisation einer Initiative zu den Bürgerschaftswahlen im Herbst 1979. Abgesehen von den ermüdenden Abwehrschlachten gegen die Kader des Kommunistischen Bundes ging die Arbeit munter, wenn auch teilweise chaotisch voran. Ende 1978 bereiteten wir die Öffentlichkeit auf die Dinge, die da kommen sollten, mit einem gemeinsamen Parteiaustritt von 27 Sozialdemokraten vor. Dieser erste organisierte Austritt aus der SPD erreichte viel Aufsehen. Einige der Dissidenten waren in Bremen nicht unbekannt.

Im Frühjahr 1979 stellten wir dann die «Bremer Grüne Liste» als Ergebnis eines einjährigen Zeugungsprozesses vor: Eine Wählerinitiative, keine Partei sollte es sein. Wir wollten keine Hierarchie in der Organisation, die den politischen Willen filtert und «oben» nichts mehr ankommen läßt. Wer mitarbeitete, sollte auch mitbestimmen. Auf Kartelleichen legten wir keinen Wert. Unter einem «Grünen Dach», der Versammlung aller kommunalpolitisch arbeitenden Gruppen, sollten Aufträge an die Grünen Parlamentarier formuliert werden. Nicht zur Ausübung von Macht wollten

wir antreten, sondern als «Hechte im Karpfenteich», die Macht kontrollierten. Vier Grundsätze formulierten wir: Ökologie, Dezentralisierung, Basisdemokratie und Gewaltfreiheit. Symbol unserer Initiative war in leichter Selbstironie der «Grünschnabel».

Die Gründungszeit hatte auch politische Differenzen offengelegt. Nicht nur zwischen den Altparteien von links bis rechts und uns, sondern auch zwischen den Ökologen und den linken Kadern verschiedener Provenienz. Das schon einmal in den Bürgerinitiativen gehabte Gerangel wiederholte sich. Für uns ging es darum, das in vielen Jahren der Arbeit und des Engagements Gelernte in einem Programm darzustellen, ohne von Anfang an wieder aus einer Stimmung des «Friede- Freude-Eierkuchens» ein verwaschenes «Sowohl-als-auch» zu produzieren. Sozialismus stand und steht in der Bundesrepublik nicht auf der Tagesordnung, wohl aber das, was Rudolf Bahro später «die Rettung der Gattung» nannte. Die alten Denkkategorien von Fortschritt durch Produktivitätssteigerung, die Weigerung, Wachstum und technologische Entwicklungen in Frage zu stellen, die zentralistischen Vorstellungen eines großen Teils der dogmatischen Linken waren für uns Grund genug, hier Trennungslinien zu ziehen. So kam es zur Gründung der Bremer «Alternativen Liste», die als «Bündnis fortschrittlicher linker Kräfte» in der Wahl gegen uns antrat und die personell und programmatisch vom Kommunistischen Bund beeinflusst war.

Der Wahlkampf war kurz und heftig. Die etablierten Parteien fanden keine Einstellung zu uns und schwiegen uns im wesentlichen tot. Das Hick-Hack in der Bremer Linken wurde von der Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen. Kurz vor der Wahl erhielten wir von Rudi Dutschke und durch einen Wahlauf Ruf undogmatischer Linker zu unseren Gunsten massive Schützenhilfe. Das Wahlergebnis (5,14 Prozent = vier von hundert Sitzen in der Bürgerschaft und acht Stadtteilbeiratsitze) schlug in der Öffentlichkeit wie eine Bombe ein. Zum ersten Mal hatten die Grünen die

Fünf-Prozent-Hürde übersprungen. Bis zuletzt mußte die SPD um ihre absolute Mehrheit im Stadiparlament bangen und erreichte sie nur knapp mit einem Sitz Vorsprung. Die Medien – immer am Ball, wenn es etwas Neues gibt – rissen sich um uns.

Viele machten sich Hoffnungen auf die Veränderung etablierter Politik durch uns (bei einem Kräfteverhältnis von 4 : 96 im Parlament!). Erst nach der Wahl zeigte sich eigentlich der ganze Umfang der Unzufriedenheit mit den herrschenden Parteien bis weit in die Reihen der Parteimitglieder hinein. Das Wahlergebnis zeigte, daß uns ein stabiler Sockel von etwas über drei Prozent der Wähler – auch in den SPD/Neue Heimat-Hochburgen – und die Spitzenresultate in zwei völlig unterschiedlichen Stadtteilen zum Erfolg gebracht hatten. Im Ostertor, der «Scene» Bremens und in Schwachhausen, einem Viertel mit hohem Anteil an Bildungsbürgern, erreichten wir über zehn Prozent.

Die Bremer SPD war konsterniert und beriet auf einem Landesparteiitag ihr künftiges Verhalten zur neuen Bürgerschaftsgruppe. Eine rationale Einschätzung wurde ihr dadurch erschwert, daß sie es bei Olaf Dinné und mir mit zwei Abtünnungen aus den eigenen Reihen zu tun hatten, die über intime Kenntnisse der verfilzten Bremer SPD verfügten und, wie sie zu recht fürchteten, diese auch nutzen würden. Zwei Modelle wurden diskutiert: «Gebt den Grünen alle Rechte, laßt sie in alle Ausschüsse und deckt sie so mit Arbeit ein, daß sie nicht mehr geradeaus schauen können» oder «laßt sie nirgends heran, blockiert sie von Anfang an und versucht, sie politisch auszutrocknen». Nach langer kontroverser Debatte in der SPD setzte sich die zweite Variante durch – ein kapitaler Fehler, wie sich zeigen sollte.

Die Informationen, die wir brauchten, bekamen wir in Zukunft auch auf andere Weise als über die Gremien, und uns blieben noch genug Zeit und freie Hände, um unsere Politik einer fundamentalen Opposition zu machen. Das begann dann schon mit der konstituierenden Sitzung. Zum ersten Mal wurden durch uns parlamentarische Abläufe eingeführt.

rene Gewohnheiten und rechtliche Unkorrektheiten in Frage gestellt. Die Fünf-Prozent-Klausel war nicht die einzige Hürde für uns gewesen. Das die großen Parteien begünstigende d'Hondtsche Zählverfahren (das natürlich durch einfachen Beschluß einer demokratischeren Regelung hätte Platz machen können), versperrte uns den Zugang zu allen Gremien außer dem Plenum. Der Fraktionsstatus wurde uns nicht zuerkannt. Somit hatten wir kein Recht, Große und Kleine Anfragen zu stellen und brauchten auch nicht gleichberechtigt an dem großen Kuchen «Fraktionszuschüsse» beteiligt zu werden, den sich die Etablierten jedes Jahr in steigender Höhe genehmigten und aus dem sie sich in schöner Einigkeit ungeniert ihre Stücke schnitten.

Als der parlamentarische Alltag für uns begann, kamen uns alte Erfahrungen aus der SPD und die Tatsache, daß einer aus unserer Viererbande Jurist war, sehr zustatten. Bremen als Mini-Land ist ein überschaubarer Bereich. «In Bremen ist alles anders» ist ein geflügeltes und wahres Wort. Man kennt sich, so leicht entgeht einem keine politische Schweinerei. Wir legten also los, probierten unsere Möglichkeiten aus. Was wir wußten, bestätigte sich: das Parlament ist das Schaufenster, aus dem heraus Reden ans Volk gehalten werden, hier wird nicht Politik gemacht, sondern verkauft.

Politik ändert sich nicht in und mit Parlamenten, sondern durch politischen Druck auf die wirklichen Macher, die Parteien, die Wirtschaft, die Verwaltungen. Das offenzulegen und die wirklichen Druckpunkte herauszufinden war unsere Hauptaufgabe. Wir versuchten, dem, was sich an Widerstand draußen regte, eine Stimme zu geben und ein Wechselspiel von Impulsen außerparlamentarischer Arbeit und parlamentarischer Vertretung herzustellen.

Ein Beispiel: In Bremen wird ein Betrieb von Daimler-Benz erweitert. Diesem Projekt wurde ein Kleingartengebiet geopfert und ein alter, gewachsener Stadtteil buchstäblich umgepflügt. Der ohnehin marode Bremer Staatshaus halt wird zudem von Daimler-Benz mit Hunderten von Mil-

tionen Mark für Infrastrukturmaßnahmen geschröpft. Das alles angeblich zur Schaffung von 15 000 Arbeitsplätzen, mit denen die SPD auch in Bremen den letzten Schwachsinn legitimiert. Schon heute will keiner der Genossen mehr an diese Zahl erinnert werden, mit der das Vorhaben der Bevölkerung einmal verkauft wurde. Es bildeten sich zahlreiche Bürgerinitiativen gegen die Erweiterung. Wir gaben ihnen Hilfe in Form von Politikberatung, organisierten Einwohnerversammlungen, unterstützten den Rechtshilfefonds finanziell und standen mit den Betroffenen vor den Baggern, als diese das Kleingartengebiet planieren wollten. Im Parlament brachten wir das Thema immer wieder zur Sprache und sorgten so für eine größere Öffentlichkeit. Die Bürger des Stadtteils konnten sich von den Zuschauertribünen der Bürgerschaft von der Unfähigkeit der Altparteien überzeugen.

Eine Reihe ähnlicher Initiativen in Zusammenarbeit mit Betroffenen waren es, die unseren Schritt in die parlamentarische Arena sinnvoll machten. Unser völlig anderes Politikverständnis brachte die Funktionäre der Altparteien immer wieder in Rage. Das «Hohe Haus» der Bremischen Bürgerschaft wurde oft zum Ort sehr unparlamentarischer Anpöbeleien in Richtung der «Bremer Grünen Liste», insbesondere von den Hinterbänklern der SPD. Aber auch das vermittelte Eindrücke nach draußen über die Kompetenz der Volksvertreter.

Die Frage, ob die Kraft, die in den parlamentarischen Teil unserer Arbeit investiert worden ist, sinnvoll angewandt wurde, läßt sich eigentlich nur von denen beantworten, deren Belange wir vertreten haben. Eine Erfolgsbilanz ist jetzt, nach zweieinhalb Jahren nicht in Zahlen aufzumachen. Die meisten von uns eingebrachten Initiativen wurden abgelehnt. Aber immer dann, wenn Themen von uns auf die Tagesordnung gebracht wurden, die nicht ohne Gesichtverlust der Etablierten vom Tisch gewischt werden konnten, erzwangen wir deren Stellungnahmen und nachgezogene Anträge. Die waren dann nicht mehr so konsequent, wie wir

es wollten, aber zumindest in der Tendenz konnten wir hier und da Richtungen verändern und den politischen Tiefschlaf der Altparteien stören. Mit den von uns vom Zaun gebrochenen Debatten über Trinkwasserversorgung, Asbestverwendung, Verschmutzung der Gewässer und der Nordsee, die Amterverfälschung in Bremen, die Behandlung von Minderheiten, bremische Haushaltspolitik und vieles andere mehr haben wir zwar keinen großen Durchbruch erzielen können. Sie sind aber Pfähle im Fleisch geblieben und der Weg zurück in den alten Schlendrian wird nicht mehr möglich sein.

Aber auch die vielfältigen Schwierigkeiten sollten nicht verschwiegen werden, die sich einstellen, wenn man sich auf das parlamentarische Spiel einläßt. Niemand kann erwarten, daß eine politische Gruppe so verschiedener Herkunft wie wir von heute auf morgen das Bild zielbewußter Geschlossenheit bietet. Es fragt sich, ob das je wünschbar ist. Die Erwartungen an unsere Parlamentsgruppe waren wie gesagt groß. Umgekehrt stellen aber auch wir schnell fest, daß wir Illusionen gehabt hatten, was die Bereitschaft zur Mitarbeit der Basis anlangte. Es ergab sich, daß immer dann eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich war, wenn es um Probleme punktueller Betroffenheit ging. Eine Zusammenarbeit der Gruppen in allgemeinen politischen Fragen, unser «Grünes Dach» war nicht herstellbar. Besonders enttäuschte die Haltung vieler Linker, die nach einem kurzen Strochfeuer der Begeisterung wieder in wenig hilfreiche analytisch-akademische Betrachtungen der politischen Parlamentarbeit zurückfielen. Soweit dies aus einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus resultierte, war es begriffbar. Leider aber war es zumeist weniger: eine schlichte Konsumhaltung gegenüber der Politik.

Diese Haltung wirkte auch in unsere Gruppe zurück. Sie begünstigte die Verselbständigung, die als latente Gefahr immer vorhanden ist. Immer weniger bemühte sich die Parlamentsgruppe um die Vermittlung ihrer Politik, immer größer wurden die Mißverständnisse in der Öffentlichkeit. Der

Kontakt mit «draußen» nahm beängstigend ab, ebenso das Bedürfnis, sich zu legitimieren und kontrollieren zu lassen. Die Schwierigkeit, mit dem einen Ende einer «Bewegung» in der Zwangsjacke eines starren Systems zu stecken, machte sich in Neurotisierung bemerkbar. Auch Verlockungen, die die «Prominenz» mit sich brachte, taten ein übriges.

Die Tatsache, daß in Bremen wie überall das Wählerpotential für die «Grünen» rapide zunimmt, verführte meine Parlamentskollegen zu einer gewagten neuen Definition der politischen Richtung der «Bremer Grünen Liste», die letztlich wohl nur aus der Egozentrik der Personen erklärbar ist. Ende 1981 kam es in der Parlamentsgruppe zwischen Olaf Dinné und mir zum offenen Konflikt. Nach intensiven, aber erfolglosen Versuchen, intern Einvernehmen über unsere Politik herzustellen, entschloß ich mich im Oktober 1981 zum Schritt in die Öffentlichkeit und kritisierte Dinné wegen seiner wahltaktischen Winkelzüge. Ich schrieb in einer Erklärung: «Olaf Dinné hält es für eine erfolgreiche und mehrheitenschaftende Politik, daß sich die «Bremer Grüne Liste» von Randgruppen distanziert. Was Randgruppe ist, wird von ihm selbst definiert. In einer von ihm formulierten Situationsanalyse sieht er eine de-facto Allianz zwischen etablierten Parteien und Randgruppen gegen die Interessen der großen Mehrheit der «normalen» Bevölkerung. Er konstatiert, daß diese Bevölkerung damit «weitgehend gehindert (wird), aktiv etwas zu tun, weil sie sich unter anderem nicht mit Verhalten und Schicksal politischer Randgruppen identifizieren kann und will...»

Seine Folgerung:

Für eine antikapitalistische Politik auf ökologischer Basis bleibt deshalb in der scheinbaren Vielfalt heutiger gesellschaftlicher Phänomene nur eine einzige Konsequenz: wo immer sich die Gelegenheit bietet, auf die Barrikade für die «normale» Bevölkerung – gegen die Kapitalverwerter und ihre Handlanger in Staat, Parteien und politischen Randgruppen. Organisatorisch folgt daraus: betroffene, aber überparteiliche Gruppen in Wohnbevölkerung und Belegschaft bilden (bei dieser Gelegenheit reiht sich die «Schutzgemeinschaft Ostertor» in eine Front solcher Verteidigungsorganisationen ein und ändert womöglich ihren Namen) ...»

Dies ist das eine Bein Dinné'scher Strategie. Das andere ist die erklärte Absicht, die herrschenden Parteien eine nach der anderen zu metzeln. Für Bremen bedeutet das in seiner Sicht, einen Machtwechsel von der SPD zur CDU herbeizuführen und – wenn dies 1983 gelungen sein sollte – mit der CDU in eine Koalition einzutreten. Dinné's Ziel: damit an die von ihm ausgemachten 40 Prozent potentieller Grünwähler heranzukommen. Er erklärt, mit dieser Strategie eine Entwicklung in Richtung Faschismus verhindern zu wollen, indem man mit den Wölfen heult und dann die Spitze der Entwicklung abbiegt. Für diese Politik hat Olaf Dinné ohne Rücksicht und Diskussion im Namen der «Bremer Grünen Liste» eine Reihe von Pföcken eingeschlagen.

Ich halte diese Strategie für gefährlich und eine grenzenlose Selbstüberschätzung. Ein Blick in die Geschichte zeigt, was aus Versuchen dieser Art geworden ist, den Tiger zu reiten. Das Problem der Faschisierung ist zudem so nicht akut. Viel aktueller ist die weltweite Tendenz zum Neokon-servatismus à la Reagan oder Thatcher. Das legitime Bedürfnis der Bevölkerung, in einer sich schnell verändernden Umwelt Bewährtes festzuhalten, ihr Wunsch nach Sicherheit wird durch die Neokonservativen vereinnahmt und benutzt für eine Politik, die der unseren diametral entgegengesetzt. Wenn die deutschen Konservativen in CDU und SPD diesen Trend aufnehmen, wird Ökologie auf lange Zeit aus dem Wortschatz der herrschenden Politik verbannt sein. Wenn wir – wie auch immer – dazu beitragen, haben wir einen verhängnisvollen Fehler gemacht.

Dinné's Barrikadentheorie (auf der einen Seite die herrschenden Parteien und die Chaoten, auf der anderen Seite die verlassenen Bürger) bezieht er aus seinen spezifischen Erfahrungen im Ostertor, einem Bremer Stadtteil mit einer Konzentration von Problemen wie Drogen, Sanierung, Prostitution und Hausbesetzungen. Aber ich meine, die Ostertor-Problematik ist nicht zu verallgemeinern.

Nach meiner Meinung steht die wirkliche Barrikade nicht zwischen Bürgerlichen und Linken, sondern zwischen Oben

und Unten. Das war auch einmal Konsens in der «Bremer Grünen Liste». Wir alle sind von den Herrschenden betroffen und es kommt darauf an, die gemeinsame Betroffenheit zu erkennen. Wer aus taktischen Gründen (um an die 40 Prozent heranzukommen) ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzt und das «gesunde Volksempfinden» gegen sie mobilisiert, macht keine grüne Politik. Der Begriff «antikapitalistische Politik auf ökologischer Basis» gerinnt zur Leerformel. Ökologische Politik heißt, Zusammenhänge von Ursachen und Wirkungen zu erkennen und zu berücksichtigen...

Unsere Aufgabe ist es vor allem, offensiv die in der Ökologie- und Friedensbewegung entwickelten Erkenntnisse und Forderungen ins Parlament zu transportieren. Aus der Bewegung haben wir im wesentlichen unseren Auftrag, von dort kommen wir selbst. Geheimdiplomatie, individuelle Einzelgänge und eine Politik der negativen Abgrenzung allein würden uns zur Sekte verkommen lassen. Das heißt: Wir wollen die Politik der «Bremer Grünen Liste» mehr öffnen, zur Diskussion stellen und ihre Tätigkeit vermitteln. Wir sind keine besserwisserischen Überpolitiker, die sich je der Rechtfertigung entziehen können, sondern Teil dieser Bewegung. Und nur die kann die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft bewirken.

Die öffentliche Diskussion von politischen Differenzen war etwas Neues, das zunächst die meisten grünen Sympathisanten und Wähler verschreckte und enttäuschte, viele dann aber auch aus der Resignation riß und zur Stellungnahme zwang. Im April 1982 schloß mich die Gruppe der «Bremer Grünen Liste» aus. Seitdem arbeite ich als «unabhängiger» Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft weiter. Daß mein Schritt nötig war, daß Irritation über die Politik der «Bremer Grünen Liste» tatsächlich zu ihrer Isolation geführt hat, zeigt sich seither an der Unterstützung, die ich als «Einzelkämpfer» habe. Noch nie vorher war die «Basis» so mobil mit Anregungen und konkreter Hilfe.

Die Wahl 1983 wird erhebliche Verschiebungen im politischen Gefüge Bremens bringen. Dabei werden diejenigen

die die Altparteien als adäquate Vertretung ihrer Interessen abgeschrieben haben, ein gewichtiges Wort mitreden. Die «Bremer Grüne Liste» war ein erster Versuch, dem starken politischen Potential außerparlamentarischer Bewegungen eine parlamentarische Komponente hinzuzufügen. Ich sehe aber darin eine Chance, aus gemachten Fehlern zu lernen und die vorliegenden Erfahrungen zu nutzen.

Inzwischen sind «Die Grünen» als bundesweite Organisation ein unübersehbares politisches Faktum geworden. Schon zur Europa- und Bundestagswahl kandidierten sie auch in Bremen. Die «Bremer Grüne Liste» ist dagegen mit ihrer Politik der geschlossenen Schotten zu einer Sekte von wenigen Personen geworden. Offenheit und Dialogfähigkeit blieben auf der Strecke. Dinné und seine letzten Freunde erklärten «die Grünen» zum politischen Gegner – ein Umstand, der sich kaum noch rational erklären läßt. Die Gründung der Partei «Die Grünen» in Bremen und auf Bundesebene war gerade von Olaf Dinné nachdrücklich betrieben worden. 1979 wurde beschlossen, «Die Grünen» seien die Außenhaut, die Bremer «Grüne Liste» die Innenhaut desselben Körpers. Als Dinné merkte, daß er sich auf Bundesebene nicht durchsetzen konnte, sprang er von diesem fahrenden Zug ab und gleich auf den nächsten auf, der allerdings nie mehr als eine Kleinbahn wurde: die «Ökologische Föderation» mit Gruhl und Springmann, die in die rechtslastige «Ökologische Demokratische Partei» einmündete.

Unter all diese irritierenden Politikspielereien ist jetzt ein Schlußstrich gezogen worden. Noch haben wir Zeit, für 1983 mit den «Grünen» einen ernsthaften neuen Anfang zu machen. Und wenn allen Beteiligten klar bleibt, daß parlamentarisches Engagement die «Bewegungen» nicht vereinnahmen darf, sondern unterstützen muß, dann wird dieser zweite Anlauf zwar unsere Träume auch nicht verwirklichen, aber konkreter Ausdruck unseres Willens sein, unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.